

(M)ein Buch über den Skandal

Blocher, Hildebrand und Widmer-Schlumpf

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Vor über einem Jahrzehnt erschütterte die «Affäre Hildebrand» die Schweiz. Ein Skandal bis in höchste Kreise, der mit dem Märchen begann, eine Frau sei daran schuld.



Im Zentrum stand Philipp Hildebrand, der sich als Präsident der Nationalbank privat bereichert hatte: Im August 2011 – mitten in der Finanzkrise – wechselte er über sein Privatkonto rund eine halbe Million Dollar in Franken. Nur zwei Tage bevor die SNB eine Massnahme ergriff, die den Dollarkurs und damit das Bankkonto des Nationalbankpräsidenten steigen liess.

Blocher greift ein, Widmer-Schlumpf sperrt

Dass dieser Skandal überhaupt aufflog, ist einem Whistleblower zu verdanken. Ein Informatiker der Bank Sarasin hatte entdeckt, dass die Nationalbank in der Hand eines Spekulanten war und informierte mich. Wir schalteten Blocher ein, als Nationalrat Teil der Aufsicht über die Nationalbank. Blocher informierte Bundespräsidentin Calmy-Rey. Diese ordnete eine Untersuchung an. Doch Hildebrand schob die Verantwortung dreist auf seine Frau – was er bis heute wider besseres Wissen tut. Als Eveline Widmer-Schlumpf Bundespräsidentin wurde, wurde alles noch schlimmer.

Widmer-Schlumpf täuscht den Bundesrat

Die Finanzministerin verteidigte den Spekulanten verbissen, obwohl sie wusste, dass Hildebrand – und nicht seine Frau – auf dem Buckel der Schweiz spekuliert hatte. Selbst gegenüber dem Bundesrat hielt Widmer-Schlumpf bis zuletzt schützend die Hand über den Nationalbank-Spekulanten: Noch zwei Tage vor Hildebrands Rücktritt am 9. Januar 2012 verheimlichte sie gegenüber ihren Kollegen die Beweise gegen ihren Schützling. Vergeblich, denn aufgeschreckt durch die Machenschaften Widmer-Schlumpfs drohte der gesamte Bankrat mit Rücktritt. Hildebrand war nun völlig isoliert, Widmer-Schlumpf musste nachgeben und der Nationalbankpräsident war seinen Job los.

1 Million für eine falsches Ehrenwort

Er durfte die Schuld aber weiterhin auf seine Frau schieben, bekräftigte dieses Märchen mit seinem «Ehrenwort» und kassierte für diese Unwahrheit eine Million «Abgangsentschädigung». Und er schob die Schuld auf die SVP. Sofort machten Medien und Politik

mit: Nicht der Täter, sondern die Aufdecker standen plötzlich am Pranger. Wir wurden medial und juristisch verfolgt: Gegen Blocher lief ein Verfahren wegen Bankgeheimnisverletzung, der IT-Whistleblower und ich wurden verurteilt. Machterhalt war der Elite wichtiger als Moral.

«Moralisch höchst verwerflich»

Die Wahrheit liess sich jedoch nicht unterdrücken. 2017 stellte das Zürcher Obergericht fest, Hildebrands Verhalten sei mutmasslich «moralisch höchst verwerflich» und «skandalös» gewesen. Endlich benannte ein Gericht den eigentlichen Schuldigen: Spekulant Hildebrand. Trotzdem blieben viele Fragen im Dunkeln – bis jetzt. In meinem Buch «Blocher, Hildebrand und Widmer-Schlumpf» präsentiere ich neue, explosive Fakten, welche die Beteiligten weiter entlarven. Anhand interner Dokumente zeige ich, wie weit moralisches Versagen und politische Intrigen tatsächlich gingen. Das Buch ist ein Politthriller – nur dass hier alles wahr ist.

Die Schweiz hinter den Kulissen

Es ist ein spätes aber notwendiges Korrektiv. Schonungslos wird aufgezeigt, wie an der Spitze von Staat und Nationalbank Machterhalt statt Moral dominierte. Wie die Eliten kurz die Kontrolle verloren und was sie taten, um sie wiederzuerlangen. Wer verstehen will, wie die Schweiz hinter den Kulissen funktioniert, kommt an diesem Buch nicht vorbei (s. Schweizerzeit-Büchertisch).

Hermann Lei

Churz & Bündig

Berlin führt einen neuen Feiertag ein: Alljährlich soll fortan der 15. März zum «Aktions- und Gedenktag gegen Islamfeindlichkeit» erhoben werden. Gedenktage zur Erinnerung an die Opfer islamisch motivierter Messerattacken – derzeit verzeichnet Deutschland durchschnittlich vierzig pro Tag – scheinen indessen nicht vorgesehen zu sein. Dafür soll die Zahl traditioneller Volksfeste aus Sicherheitsgründen angesichts offensichtlicher Terrorgefahr unter sehr weitgehenden, von den Veranstaltern zu bezahlender Zusatzaufgaben markant eingeschränkt werden.

us